



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

W., H.: Fürst Bismarcks englische Politik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Fürst Bismarcks englische Politik



Es ist Brauch geworden im deutschen Land, Bismarcks Autorität gegen die leitenden Minister auszuspielen, und insbesondre thun das Leute, die der Überzeugungskraft ihrer eignen Gedanken nicht trauen und ihnen deshalb listigerweise einen falschen Stempel geben. Sonderbarerweise wird gerade von dem Teil der deutschen Presse, der ganz besonders stark in Engländerhaß macht, Fürst Bismarck als Eideshelfer in Anspruch genommen. Da ist es ganz nützlich, sich wieder einmal zu vergegenwärtigen, was Fürst Bismarck über England und die deutsch-englischen Beziehungen gesagt hat.

An Theodor Mommsen schrieb er: „Auf die Frage, ob ich russisch oder westeuropäisch gesinnt sei, habe ich immer geantwortet, daß ich ein Preuße bin. Was fremde Länder betrifft, so habe ich einzig Sympathie für England und seine Bewohner gefühlt; und selbst jetzt bin ich zu Zeiten nicht frei davon; aber sie wollen es uns nicht erlauben, sie zu lieben.“ Diese Sympathie des Fürsten für die Engländer als Personen wird zwar die verschmupsen, die im Engländer den Ausbund aller Schlechtigkeit sehen. Aber wer sich bemüht hat, den Charakter des englischen Volks zu verstehn, der wird es begreifen, daß gerade der „Mann von Blut und Eisen“ ihm seine Neigung widmete. Die gesunde, kräftige und große Auffassung von privatem und öffentlichem Leben, die Willenskraft, der Unternehmungsgeist und die praktischen Fähigkeiten der Engländer mußten gerade dem Schöpfer des deutschen Selbstbewußtseins, dem harten Realpolitiker sympathisch sein, der unablässig bemüht war, diese Charakterzüge auch dem deutschen Michel von neuem anzuerziehen. Aber persönliche Sympathien gelten nicht in der Politik, es sei denn, daß sie von den persönlichen Interessen zu innigem Bunde herangezogen werden können. Und diese persönlichen gemeinsamen Interessen des deutschen und des englischen Volks sind so groß — wenn wir dem Altreichskanzler Glauben schenken können —, daß man nur wünschen sollte, auch die persönlichen Sympathien möchten sich

wieder einstellen. Sagte doch Fürst Bismarck in der Reichstagsitzung vom 5. Dezember 1876: „Wir haben mit England nicht minder wie mit Rußland die Tradition einer hundertjährigen guten Beziehung — die unter Umständen in dem öffentlichen Gefühle ihre Momente der Erkaltung gehabt hat —, ich kann wohl sagen, mehr einseitig auf englischer Seite; wir sind unsern ersten Neigungen in der Beziehung fast durchgehends treu geblieben. Daß mitunter ein Preßkampf unter beiden Völkern gelegentlich vorübergehend stattfindet, das hindert nicht, daß die durch eine lange Geschichte bewährte Gemeinsamkeit mannigfacher Interessen und Meinungen zwischen uns und England auch für die Zukunft der Bürge des Einverständnisses ist,“ und in der Reichstagsitzung vom 19. Februar 1878: „Wir sind mit England in der glücklichen Lage, keinen Streit der Interessen zwischen uns zu haben, es seien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verstimmungen, die ja vorkommen, aber doch nichts, was ernst zwei arbeitjame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte, und ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umständen ebensogut Vertrauensperson sein können, wie ich sicher bin, daß wir es zwischen Osterreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können.“

In der That stellt sich die Erregung gewisser Kreise gegen England als die Verhezung durch eine bestimmte Presse dar, die geschickt einige für die Erkaltung des öffentlichen Gefühls vorhandne Anlässe künstlich aufgebauscht hat; es liegt das ja im Wesen eines Teils der Presse, „fortzeugend Böses zu gebären,“ indem sie aus Sensationslust Fenster einwirft, die nachher die Regierung bezahlen muß. Welchen Schaden eine solche Presse für die auswärtigen Beziehungen des Staats anrichten kann, sprach Fürst Bismarck Moritz Busch gegenüber am 21. Oktober 1877 aus (Busch, Tagebuchblätter, Band II, S. 487). Er sagte: „Die Presse hat die drei letzten Kriege veranlaßt; die dänische zwang den König und die Regierung zur Einverleibung Schlesiens, und die österreichische und die süddeutsche hekten gegen uns, die französische hat zur Verlängerung des Feldzugs beigetragen.“

Aus diesen Beispielen, die Fürst Bismarck anführt, geht hervor, ein wie großes vaterländisches Verdienst sich die Regierungen und die Monarchen erwerben, die sich durch Volksstimmungen, die sie als gefährlich erkennen, nicht beirren lassen um der Popularität willen.

„Es ist leicht für einen Staatsmann, sagte Fürst Bismarck in der preussischen Kammer im Jahre 1850, sei es im Kabinett oder in der Kammer mit dem populären Wind in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen, oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann!“ Es ist ein Zeichen staatsmännischen Pflichtbewußtseins, daß sich unsre Regierung dem Toben der Volksstimmung entgegengestellt hat. Es ist aber nötig, auf eins hinzuweisen: kaum wäre die

überschäumende Anglophobie, man kann hier den Ausdruck gebrauchen, so eingerissen, wenn die deutsche Regierung schon vor einem Jahre durch staatsmännische Erklärungen und Belehrungen das deutsche Volk, das in seiner Mehrheit ruhiger Überlegung zugänglich ist, von einer rasenden, prestigelüfternen Presse getrennt hätte. Jetzt redet diese, die es nicht vermocht hat, Kaiser und Kanzler und das von ihnen gepflegte Staatswohl ihrem Willen unterzuzwingen, von einer „tiefen Kluft zwischen Thron und Volk“ und von der Notwendigkeit einer „nationalen“ Opposition gegen den selbstbewußten Monarchen. Aber das täuscht doch niemand mehr: es ist die blinde Wut einer gewissen herrschsüchtigen Presse, die sich in ihrem Machtkügel gekränkt und in ihrer Hoffnung getäuscht sieht, der Schwerpunkt der Staatsleitung werde in ihre Redaktionen verlegt werden. Diese Presse — in Wahrheit ist es nur ein halbes Duzend Redakteure — mag ruhig „nationale Opposition“ machen: die Zeit ist zu ernst, als daß sich auf die Dauer solches Phrasentum am Leben erhalten könnte. Es hat sich ja auch gezeigt, daß diese Presse auf die berufenen Volksvertreter keinen Einfluß auszuüben vermocht hat. Die Kreise des deutschen Volks, die für ihre Worte auch die Verantwortung übernehmen müssen, also die Reichstagsabgeordneten, die mit ihrer Person für ihr Verhalten einstehen müssen, die Fraktionen, die Parteipresse, die Zeitschriften, deren Anschauungen und Handlungen von der Geschichte festgenagelt werden — während die Leitartikel der „unabhängigen, nationalen“ Blätter heute geschrieben werden und morgen vergessen sind —, alle diese unter der Zuchttrute der Verantwortlichkeit stehenden Elemente sind sich wohl bewußt gewesen, daß die Englandheze dem Interesse des Reichs widerspricht, und haben sich zurückgehalten. Es mag in diesen Kreisen auf Grund ihrer pflichtmäßigen Gewissenhaftigkeit in der Betrachtung der Politik wohl auch ein richtigeres Bild der Ziele Bismarckscher Politik vorhanden sein, als in den „Bismarckianern“ alldeutscher Observanz. Sie werden sich erinnern, daß zu der Zeit des Beginnens unsrer Kolonialpolitik, als die thatsächlichen Differenzen mit England — nicht bloß theoretische — auf der Tagesordnung waren, Fürst Bismarck einen so gewichtigen Politiker, wie Windthorst es war, in der Reichstagsitzung vom 10. Januar 1885 mit folgenden Worten zurückwies: „Dann möchte ich doch den Herrn Vorredner bitten, auch selbst einer so befreundeten Macht gegenüber, wie England, nicht in der leichten Weise von der Tribüne her den Frieden — ich will nicht sagen — zu stören, aber das Vertrauen auf den Frieden, indem er darauf hindeutet in dieser mehr oder weniger politischen Debatte, daß die Möglichkeit vorhanden sei, daß wir England einmal in Waffen gegenüberstehn könnten. Diese Möglichkeit bestreite ich absolut, die liegt nicht vor, und alle diejenigen Fragen, die jetzt zwischen uns und England streitig sind, sind nicht von der Wichtigkeit, um einen Friedensbruch zwischen uns und England weder drüben noch auf dieser Seite der Nordsee zu rechtfertigen, und ich wüßte nicht, was sonst zwischen uns und England für Streitigkeiten entstehen könnten; sie sind nie gewesen. Ich kann

nach meinen diplomatischen Erfahrungen keinen Grund absehen, warum ein Friedensbruch zwischen uns und England möglich sein sollte, es müßte denn irgend ein unberechenbares Ministerium in England, das weder da ist, noch nach der politischen erblichen Weisheit der englischen Nation wahrscheinlich ist, in der ruchlosesten Weise uns angreifen und beschießen — ja mein Gott, dann werden wir uns wehren —, aber abgesehen von dieser Unwahrscheinlichkeit ist gar kein Grund für eine Friedensstörung, und ich bedaure, daß der Herr Voredner mich in die Notwendigkeit versetzt hat durch seine Andeutung, dieser Möglichkeit meine Überzeugung entgegenzusetzen zu müssen. Unsere Meinungsverschiedenheiten gegenüber England können in menschlich absehbarer Zeit niemals die Tragweite haben, daß sie nicht durch ehrlichen guten Willen und geschickte vorsichtige Diplomatie, wie sie von unsrer Seite sicherlich getrieben wird, erledigt werden könnten. . . . Mit England leben wir in gutem Einvernehmen. Daß England in dem Bewußtsein: *Britannia rules the waves*, etwas verwunderlich aufsieht, wenn die Landratte von Better — als die wir ihm erscheinen — plötzlich auch zur See fährt, ist nicht zu verwundern; die Verwunderung wird indes von den höchsten und leitenden Kreisen in England in keiner Weise geteilt. Die haben nur eine gewisse Schwierigkeit, den Ausdruck des Befremdens bei allen ihren Unterthanen rechtzeitig zu mäßigen. Aber wir stehn mit England in althergebrachten befreundeten Beziehungen, und beide Länder thun wohl daran, diese befreundeten Beziehungen zu erhalten.“

Daß England bei dem Erscheinen Deutschlands auf den Meeren verwundert auffah und seine Gegenmaßregeln gegen die gefürchtete deutsche Konkurrenz traf, wird ihm kein denkender Politiker verargen dürfen. Jeder Mensch wird sich seiner Haut wehren und sich vor Schaden zu bewahren suchen, wenn ihm ein Konkurrent zu Leibe rückt. Das ist so selbstverständlich wie irgend etwas, bei England aber schalt man es Perfidie, als es kraft seiner Erfahrung den Rahm in der Kolonialbewegung abschöpfte. Das Inselreich würde sich damals allerdings wohl kaum so sehr aufgeregert haben, wenn es die sehr laue deutsche Kolonialbewegung nicht in ihrer Bedeutung gänzlich überschätzt hätte. Unmöglich aber ist es, den Engländern aus ihrem Erfolg gar noch einen Vorwurf zu machen: nirgendwo auf der Welt wird der Grundsatz anerkannt werden, daß ein Volk dem andern zuliebe sich dümmer geben müsse, als es ist. Allerdings ist Deutschland bei einigen Verträgen mit England zu kurz gekommen. Man lese nach, was Busch, *Tagebuchblätter* III, Seite 195 bis 196 über die Mission des Grafen Herbert Bismarck in der St. Luciafrage 1885 und des Generalkonsuls Kohns, des Günstlings der Söhne des Altreichskanzlers, nach Sansibar 1885 mitteilt. Bei diesen beiden Gelegenheiten ist allerdings dort eine südafrikanische, hier eine ostafrikanische Zukunft des Deutschen Reichs verdorben worden, aber nicht durch englische Perfidie, sondern wegen schlechter Auswahl der deutschen Diplomaten. Seit der Zeit ist nichts geschehn, was man ernsthaft als eine Benachteiligung des deutschen Volks durch England betrachten könnte, jedenfalls nichts von dem Standpunkt der großen

Politik, wie sie Fürst Bismarck in den oben wiedergegebenen Reden dargelegt hat. Daß eine so neue und eigentümliche politische Erscheinung wie die deutsche Kolonialpolitik einiger diplomatischer Auseinandersetzungen bedarf, damit die politische Konstellation im Gleichgewicht erhalten bleibt, ist selbstverständlich. Aber diese kolonialpolitischen Verhältnisse sind ohne den Hochdruck der großen Politik, lediglich in dem werktagsmäßigen Betriebe der Auswärtigen Ämter geregelt worden. Zu der Anwendung der ultima ratio oder auch nur zu politischen Drohungen hätte sich Fürst Bismarck der Kolonialpolitik wegen niemals verstanden. Die Kolonialpolitik war ihm dazu ein zu geringwertiger Bestandteil seiner Gesamtpolitik, wie er in der Reichstagsitzung vom 26. Januar 1889 ausgeführt hat. Er sagte damals: „Der Vorredner hat im Anfang seiner Rede die Frage berührt, in welche Beziehungen uns die Kolonialfrage zu auswärtigen Mächten setzt. Da kann ich die Versicherung abgeben, daß wir in dieser Frage wie in allen übrigen — und nicht ohne Erfolg — stets bemüht gewesen sind, uns in Fühlung mit der größten Kolonialmacht der Erde, mit England, zu halten, daß wir auch hier nur nach Verständigung mit England vorgegangen sind und nicht weiter vorgehen werden, als wir uns mit England zu verständigen imstande sein werden. . . . Im Kampf mit England vorzugehen, im Widerstreit, oder auch nur die Maßregeln zu erwidern, die von einzelnen untergeordneten englischen Organen uns gegenüber getroffen werden, fällt mir nicht ein. Wir sind in Sanibar sowohl wie in Samoa mit der englischen Regierung absolut in Einigkeit und gehen mit ihr Hand in Hand, und ich bin fest entschlossen, diese Beziehungen festzuhalten. . . . Wenn die Blockade aufhört, ohne den Eindruck eines Bruchs der Einigkeit zwischen England und Deutschland zu machen, so will ich nichts dawider haben. Dieser Eindruck ist mir nach meiner politischen Auffassung die Hauptsache — ebenso wie ich in andern Kolonien, in Samoa z. B., unbedingt festhalte an der Übereinstimmung mit der englischen Regierung und an dem Entschluß, sobald wir mit derselben in Übereinstimmung sind, gemeinsam vorzugehen, und sobald wir das nicht sind, uns zu enthalten oder mit Zurückhaltung zu verfahren. Ich betrachte England als den alten und traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben; wenn ich sage »Bundesgenossen«, so ist das in diplomatischem Sinne zu fassen; wir haben keine Verträge mit England; aber ich wünsche die Fühlung, die wir seit nun doch mindestens hundertfünfzig Jahren mit England gehabt haben, festzuhalten, auch in den kolonialen Fragen. Und wenn mir nachgewiesen würde, daß wir die verlieren, so würde ich vorsichtig werden und den Verlust zu verhüten suchen.“

Nach seiner Entlassung hat der Fürst ebenfalls noch Gelegenheit genommen, sich über die deutsch-englischen Beziehungen auszusprechen, so z. B. am 2. Juli 1890 gegenüber einer Anzahl englischer Besucher in Friedrichsruh. Den Bericht der Times darüber übernehmen die „Hamburger Nachrichten“ und ergänzen ihn auf Grund authentischer Erkundigung. Der Fürst hat damals gesagt: „Der Handel ist der große Beförderer der Zivilisation und hat viel

gethan, um die jetzt zwischen England und Deutschland bestehende Freundschaft zu schaffen. Er ist die Quelle internationalen Fortschritts und führt zu einer Herzlichkeit, die in der That Gefallen erweckt; denn Höflichkeit ist das Öl für die Maschinen des menschlichen Lebens. Das Deutsche ist nicht so sehr geachtet in England wie das Englische in Deutschland. Deutschland kann man mit einem self-made-man vergleichen, England mit einem alten aristokratischen Lord. Wir haben oft zusammengestanden in Zeiten des Friedens sowohl wie in den Tagen der Bedrängnis, und noch jetzt bestehen die besten Beziehungen zwischen den beiden Nationen; einen Beweis dafür liefert die schnelle Erledigung der afrikanischen Frage."

Der Fürst hat seine Besucher, wie die „Hamburger Nachrichten“ ergänzend bemerken, insbesondere auch an die alten Beziehungen zwischen England und Preußen, an den Siebenjährigen Krieg und an Waterloo erinnert. Was den Satz betrifft, daß England in Deutschland geachteter oder beliebter sei, als umgekehrt Deutschland in England, so hat der Fürst hinzugefügt, daß dies begreiflich sei; die Engländer kannten wohl Preußen, aber Deutschland sei ihnen noch neu; wenn ein Menschenalter vergangen sei, würde sich auch hierin vieles geändert haben. Bezüglich der Abtretung Helgolands und des deutsch-englischen Abkommens überhaupt äußerte der Fürst, dieser Austausch müsse der Befestigung der Beziehungen zwischen England und Deutschland zu gute kommen; der Wunsch Deutschlands, mit England befreundet zu bleiben, werde dadurch aufs neue bekundet. Die Ansprache des Fürsten kann jedenfalls dem Einvernehmen zwischen den beiden Nationen nur förderlich gewesen sein, wie sich auch die englischen Besucher mit lebhaften Cheers vom Fürsten verabschiedeten.

Auch in dem bekannten Interview, das Fürst Bismarck am 8. Juni 1890 dem Vertreter des Londoner Daily Telegraph gab, und dessen Bericht von den „Hamburger Nachrichten“ als authentisch abgedruckt wurde, äußerte sich der Altreichskanzler über Deutschlands Stellung zu England, und zwar hatten diese Ausführungen eine auffällige Ähnlichkeit mit einigen seiner Reichstagsreden. Er sagte: „Was England und Deutschland betrifft, so sehe ich es als eine Unmöglichkeit an, daß diese beiden Länder jemals in Krieg, und als besonders unwahrscheinlich, daß sie selbst in einen ernststen Zwist geraten könnten. Sollte es aber dazu kommen, so könnte das zu einem Konflikt auf dem Festlande führen, selbst wenn England keinen thätigen Anteil an dem Kampfe, sei es zu Wasser oder zu Lande, gegen uns nehmen sollte. Aber diese Möglichkeit ist ebenso unwahrscheinlich, als daß wir das Schwert gegen England ziehen sollten. Natürlich können Differenzen vorkommen, wie in dieser afrikanischen Kolonialsache, welche noch einer billigen Ausgleichung entgegensehen. Aber eine jede solche Differenz zwischen Ihnen und uns kann nur von ganz unbedeutender Wichtigkeit sein im Vergleich zu den Folgen eines Appells an die Waffen. Wenn wir auch ein bißchen gegeneinander knurren, so braucht man sich darüber nicht zu beunruhigen. Sieht man sich diese afrikanische Geschichte deutlich an, so frage ich, worauf kommt es dabei an? In Ihrer britischen

afrikanischen Gesellschaft ist, wie ich glaube, eine halbe Million Pfund Sterling angelegt, in unsrer deutschen Gesellschaft etwas weniger. Legen Sie diese beiden Beträge zusammen, und die ganze Summe ist nicht soviel wie eine Tagesausgabe bei der bloßen Vorbereitung eines Kriegs. In diesem Falle der kolonialen Rivalität Englands und Deutschlands kann der Gegenstand des Streits, so hoch man ihn auch anschlagen will, nicht auch nur einigermaßen den gewissen Schaden aufwiegen, der aus einem ernsthaften kriegerischen Zusammenstoß zwischen England und Deutschland entstehen würde, und das alles über die Teilung von Landstrichen, deren Wert noch sehr zweifelhaft ist. . . . Zwischen Deutschen und Engländern ist es immer leicht, zu einem billigen und freundschaftlichen Einvernehmen zu gelangen. Wir sind beide ehrliche Völker, wir kennen uns gut und achten uns gegenseitig aufrichtig. Es ist über diese erbärmliche Geschichte so viel tolles Zeug gesprochen und geschrieben worden, daß ein paar einfache Worte, wie sie der gesunde Menschenverstand eingiebt, nicht schaden können."

Auch über die südafrikanische Frage ist soviel tolles Zeug gesprochen und geschrieben, daß einfache Worte und der gesunde Menschenverstand dagegen lange nicht aufkommen konnten. Der gesunde Menschenverstand wird — in der Politik wie im Leben — geneigt sein, sich nach den beiden Worten zu richten: „Was du nicht willst, daß man dir thu, das füg auch keinem andern zu!“ und „Willst du dich selber erkennen, so sieh, wie die andern es treiben; willst du die andern verstehen, blick in dein eigenes Herz!“ Man könnte diese beiden Sprüche als den Inbegriff der Realpolitik Bismarcks bezeichnen, aber die Eintagspresse, die sich bismarckischer Weisheit rühmt, würde, wenn sie sich ihren Inhalt zur Richtschnur machen würde, nicht prosperieren; für sie ist das „Anurren“ Geschäftsprinzip, und den, der ihr gegenüber den gesunden Menschenverstand gelten lassen will und freimütig seine wohlbegründete, wenn auch gerade nicht populäre Anschauung äußert, beschimpft und verleumdet sie. Zweifellos besteht eine Tradition der Waffenbrüderschaft, die Fürst Bismarck in seinem Interview vom 2. Juli 1890 erwähnt; zweifellos schuldet auch Deutschland dem Inselvolke Dank als dem Gedankenquell geistiger und politischer Freiheit, und sogar ein Chauvinist sollte nicht die Thatsache leugnen dürfen, daß unser Handel unter dem Schutz der englischen Flagge groß geworden ist. Und doch als der Leipziger Historiker Erich Marcks sich gegen die verführte Volksstimmung erhob und die Wahrheit der Wissenschaft den Unwahrheiten der chauvinistischen Demagogen entgegenhielt, da verhöhnte man sie als Professorenweisheit — im Lande der Ehrlichkeit und der Dichter und Denker. Die Staatsmänner allerdings haben die Haltung ihrer Presse auf beiden Seiten und von jeher desavouiert; wie Fürst Bismarck, so war auch die englische Regierung zu einer friedlich sachlichen Auseinandersetzung bereit. Die Grenzen der beiderseitigen Besitzungen wurden im Laufe der Zeit sachgemäß abgesteckt und damit die afrikanische Frage zwischen den Kabinetten beigelegt. Als Gegenstück zu den Erklärungen des Altreichskanzlers legte die

englische Regierung ihren Standpunkt in folgender Weise dar. Am 6. März 1885 erklärte Lord Granville im Oberhause: „Ich bin überzeugt, daß es mehr als je im Interesse Deutschlands und Englands liegt, daß unsre Beziehungen gute sein sollen, zu einer Zeit, wo wir im Begriff stehn, uns fast in jedem Welttheile zu begegnen. Bei dem großen und gemeinsamen Werk des Handels und der Zivilisation sollten wir im Geiste herzlichen Zusammenwirkens vorwärts gehn. Ich erkläre mit voller Aufrichtigkeit, daß alle meine Bestrebungen dahin gerichtet sein werden, fortzufahren, soweit es in meiner Macht liegt, die versöhnliche Politik des Fürsten Bismarck auszuführen.“ Und am 12. März erklärte Gladstone, „England dürfe dem Deutschen Reiche bei dessen Kolonialpolitik nicht mit scheelem Auge begegnen. Man dürfe nicht die Befezung des einen und des andern Punktes in krämerhaftem Geiste besprechen und mit neidischem Auge das betrachten, was nicht England zufiele. Sowohl politisch als grundsätzlich könne seitens Englands kein schwererer Fehler gemacht werden, als solche Laune vorherrschen zu lassen. Werde Deutschland eine kolonisierende Macht, so rufe er ihm Gottes Segen für seine Bestrebungen zu, es werde Englands Bundesfreund und Genosse sein zum Segen der Menschheit. Ich begrüße seinen Eintritt in diese Thätigkeit und werde erfreulich finden, daß es unser Genosse in der Verbreitung des Lichts und der Zivilisation in weniger zivilisierten Gegenden wird. Es wird bei diesem Werke unsre herzlichsten und besten Wünsche und jede Ermutigung finden, die in unsrer Macht steht.“

Ebenso wenig wie Fürst Bismarck Steine in den „englischen Garten werfen“ wollte, ebenso wenig lag es im englischen Interesse, die Blüten deutscher Meerespolitik zu knicken. Denn für beide Völker gilt das, was der Altreichskanzler am 16. März 1885 in der Reichstagsitzung aussprach: „Den Satz konnte ich mir ja vollständig aneignen, daß wir, England und Deutschland, wenn nicht ausschließlich aufeinander angewiesen, doch den Beruf haben, nach Stammesverwandtschaft, nach historischen Traditionen, vor allen Dingen aber nach gemeinsamen Interessen und nach der Abwesenheit widersprechender Interessen im freundlichsten Einverständnis miteinander zu leben. Dieses Einverständnis zu suchen bin ich seit Jahr und Tag beschäftigt.“

Wie Fürst Bismarck bei seinen hier wiedergegebenen Anschauungen über die deutsch-englischen Beziehungen die „Politiker“ und die Presse alldeutscher und antisemitischer Weisheit angefaßt hätte, die sich jetzt in Englandhaß berauschen und über die Regierung herfallen, weil sie sich nicht von ihnen ins Schlepptau nehmen läßt, kann man sich ungefähr ausmalen, wenn man seine Rede vom 6. Februar 1888 liest. Er richtete an jene die Mahnung, ihre drohenden Artikel doch lieber zu unterlassen, „sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir nicht von der Regierung, aber in der Presse erfahren, ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit: wenn man eine große und stolze Macht . . . durch eine drohende Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können.“

Es scheint nach diesen Äußerungen des Altreichskanzlers doch eine „tiefe Kluft“ zwischen ihm und dem Volke, das sich bismarckisch gebärdet, zu bestehen.

H. W.



Landwirtschaftlicher Groß- und Kleinbetrieb und Erhöhung der Brotgetreidezölle



In den „Nachrichten vom deutschen Landwirtschaftsrat“ hat der Generalsekretär dieser obersten agrarischen Interessensvertretung, Dr. Dade, neuerdings einen beachtenswerten Aufsatz unter der Überschrift: „Welcher Grundbesitz, der Groß-, Mittel- oder Kleinbesitz, liefert dem deutschen Volke die größte Menge Brotgetreide?“ veröffentlicht. Wer die landwirtschaftliche Betriebsstatistik kennt, die das Kaiserliche Statistische Amt 1898 in dem großen, auch in den Grenzboten seiner Zeit mehrfach besprochenen Werk „Die Landwirtschaft im Deutschen Reich nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895“ giebt, der wird freilich geneigt sein, die Frage schon für beantwortet zu halten, denn dort ist nachgewiesen worden, daß auf die „Großbetriebe,“ d. h. die Betriebe mit 100 und mehr Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche (Acker-, Wiesen-, Garten- und Nebland zusammen), nur 24,08 Prozent dieser Fläche fallen, sodaß für die „Bauernwirtschaften“ unter 100 Hektar ganze 75,92 Prozent übrig bleiben. Daß aber auf rund 76 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche mehr Brotgetreide gebaut und geerntet wird als auf 24, wird niemand, der Deutschland auch nur ganz oberflächlich kennt, bezweifeln. Aber Dade wollte in Wirklichkeit mehr beweisen. Er wollte zunächst „zahlenmäßig“ feststellen, daß die Bauernwirtschaften auch mehr Brotgetreide für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung zur Verfügung stellen, also zum Verkauf bringen, und daß sie deshalb auch ein ebenso großes, ja eigentlich ein noch größeres Interesse an der Erhöhung der Brotgetreidezölle haben als die Großbetriebe. Seine ganze Arbeit ist nämlich nach ihrem Wortlaut hauptsächlich gegen die, wie er sagt, von den „Vertretern des Freihandels und der Sozialdemokratie“ aufgestellte Behauptung gerichtet, „daß ein handelspolitischer Schutz der Getreideproduktion nur den 25061 Betrieben über 100 Hektar zu gute käme,“ eine Behauptung, die natürlich heller Unsinn ist und mit einem solchen Aufwand schwersten statistischen Geschützes, wie es Dade dagegen aufführt, beschossen zu werden gar nicht verdient. Thatsächlich beschießt er auch nicht diesen Unsinn allein, sondern richtet seine Batterien auch gegen alle die Wirtschaftspolitiker, die eine weitere Kornzollerhöhung ablehnen und dies unter anderm auch durch den Hinweis darauf begründen, daß von ihr — außer der Masse der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, der ihr Mehl und Brot, das sie kaufen muß,